

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

1 (7.5.1947) Beilage zu Unser Tag

Zu den Staatsorganen gehört nach Artikel 109 ff. des Entwurfs der Landesversammlung der Staatsgerichtshof. Die ihn betreffenden Bestimmungen sind die reaktionärsten und für den Bestand der neuen Demokratie geährlichsten des Entwurfs. So lange der Staatsgerichtshof bestehen würde, könnte von einer wahren demokratischen Verfassung nicht gesprochen werden. Nimmt die Wählerschaft diesen Artikel an, dann würde sie damit selbst die Schlinge knüpfen, welche die junge Demokratie eines Tages erdrosseln könnte. Nach Art. 51 würde das Volk neben dem Parlament, auch durch dieses Organ die oberste Staatsgewalt ausüben. Die Praxis sähe aber ganz anders aus. Sie wäre eine Grotteske, denn fünf Berufsjuristen können die im Landtag verfassungsmäßig zustande gekommene Äußerung des Volkswillens jederzeit bevormunden und in sein Gegenteil umwandeln. Der Wille dieser fünf Männer wäre oberstes Gesetz! So könnten nach Art. 123 im Landtag oder durch Volksentscheid angenommene verfassungsändernde Gesetze vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig (nach seiner Meinung) verworfen werden.

Ob es darum geht, den bestehenden Rechtszustand in irgendeinem Punkt zu ändern, ob ein fortschrittliches Laienrichtertum durch Gesetz geschaffen werden soll, ob grundsätzliche Verfassungsänderungen durchzuführen wären (z. B. Abschaffung des Staatsgerichtshofs) oder ob ein verfassungsänderndes Gesetz Gültigkeit hätte, welches über den Anschluß Südbadens an eine neugeschaffene deutsche Republik entscheiden soll, — immer wird der Staatsgerichtshof, d. h. die 5 Berufsjuristen, das letzte und unanfechtbare Wort zu sprechen haben. Damit ist jeder Fortschritt von vornherein gefährdet.

Wir sind gegen Konfessionsschulen „christlichen Charakters“ (Art. 28) und wollen mit den Kommunisten Gemeinschaftsschulen in denen Kinder aller religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen frei erzogen werden.



ELTERN WÄHLEN KOMMUNISTEN

Für die Einheit des werktätigen Volkes — Deine Stimme den Kommunisten

UNSER TAG, Volkszeitung für Baden u. Württemberg, Offenburg, Metzgerstraße 11; verantwortlich Dr. Karl Bittel; Druck A. Reiff & Cie.

Katholiken!

Kämpft Eure Kirche für das Reich Gottes oder für Aufrechterhaltung einer zum Untergang bestimmten Gesellschaftsordnung?

Auf der Landestagung der Christlich-sozialen Volkspartei in Freiburg, wurde ein Schreiben des Herrn Erzbischofs Dr. Gröber verlesen, in dem dieser Kirchenfürst der Christlich-sozialen Volkspartei für ihre „christliche Treue“ dankt und der Tagung, die als Auftakt zur Wahl des neuen Landtags einberufen war, vollen Erfolg wünscht. Der Herr Erzbischof hat damit seine kirchliche und seelsorgerische Autorität zu politischen Zwecken mißbraucht und durch dieses Begrüßungsschreiben an die CSV zum Ausdruck gebracht, daß nach seiner Meinung ein Christ nur dieser Partei wegen ihrer „christlichen Treue“ die Stimme geben dürfe.

Der Herr Erzbischof soll sich darum nicht wundern, wenn die werktätigen Massen unseres Volkes, die um ihr Lebensrecht kämpfen, das sie nur in einer sozialistischen Neuordnung unserer Wirtschaft und Gesellschaft gesichert sehen, irre werden müssen daran, daß die Kirche und ihre Führer auch für sie da sind.

Im katholischen Frankreich ist die Kommunistische Partei die stärkste Partei, in Italien, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Polen, in Belgien, — um nur einige katholische Länder zu nennen, — haben die Kommunisten und Sozialisten ungezählte Millionen von Anhängern und Mitgliedern. Ihre Zahl aber und ihr Einfluß ist ständig im Wachsen begriffen. Sind sie alle Atheisten? Wenn sie es aber mit der Zeit werden, dann ist das mit der Schuld der Kirchenfürsten, die kein Verständnis aufbringen können für den Kampf der besitzlosen Massen der Völker um eine menschenwürdige Existenz, um ihr Recht, um ihre Freiheit und um den Frieden. Ist das für die Kirche kein Zeichen und keine Warnung? Will sie sich, wie früher schon immer, auch heute noch bewußt auf die Seite der Reaktion und der Mächte der Vergangenheit stellen?

Der Herr Erzbischof hat sich schon mehr als einmal, auch in der Zeit der Errichtung und der Durchführung der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft, durch Artikel und Begrüßungsschreiben in diesem Sinne politisch betätigt. Wir führen heute nur einige Sätze aus dem Begrüßungsschreiben an die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ aus dem Jahre 1933 an. In diesem Schreiben des Herrn Erzbischofs heißt es:

„Nach sachlicher Prüfung der Statuten der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ begrüße ich aufrichtig die Gründung dieses Verbandes. Wir brauchen nicht nur katholische Männer, die sich ebenso offen, ehrlich und überzeugt in den Dienst des neuen Staates wie in den Dienst ihrer Kirche stellen, wir brauchen auch Männer mit weitgehendem Einfluß, der sich aus ihrer politischen Betätigung und aus ihrer geistigen Qualität ergibt. Ich wünsche deshalb der „Arbeitsgemeinschaft katholischer

Deutscher“ eine weite Verbreitung.“ (St. Conradsblatt 1933, Seite 775).

Welches aber waren die Ziele dieser „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“, deren Gründung der Herr Erzbischof so aufrichtig begrüßt? Welches war der Inhalt der Statuten dieser katholischen Organisation, die der Herr Erzbischof sachlich überprüft hatte? Es heißt darin: „Wir wollen in dem katholischen Volksteil das deutsche Nationalbewußtsein vertiefen, eine ehrliche, rückhaltlose Mitarbeit im Nationalsozialismus erreichen und die Reihen der aktiven Kämpfer vermehren.“ Wir wissen, daß der Herr Erzbischof inzwischen längst umgelernt hat und bedauert, daß er einmal erklärte, „er und sein Klerus stehet auf dem Boden des neuen Deutschland („Der Alemanne“ vom 24. Mai 1933), und in Karlsruhe am 9. Oktober 1933 nach dem Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Dritten Reich: „Ich glaube kein großes Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß ich mich restlos hinter die neue Regierung und das neue Reich stelle.“

Wir hätten über die politischen Irrwege des Herrn Erzbischofs zu Beginn des Dritten Reiches geschwiegen, wenn er nicht aufs neue versuchen würde, seinen Einfluß als Führer der katholischen Kirche beim Wahlkampf zu Gunsten einer Partei in die Wagschale zu werfen, die nach unserer Meinung unser Volk in die Irre führt, und die schon jetzt zugibt, daß sie mit ihrer Weisheit im politischen und wirtschaftlichen, d. h. im Staatsleben, am Ende ist, wie man in der Eröffnungsansprache des Landesvorsitzenden und Präsidenten Wohleb auf der Landestagung der CSV in Freiburg hören konnte.

Katholische Männer und Frauen!

Die Kommunistische Partei resigniert nicht, und sie ist nicht am Ende ihrer Weisheit. Der Herr Erzbischof hat sich nicht nur im Dritten Reich geirrt, er irrt sich auch diesmal, wenn er Euch zumutet, Eure Stimme der Christlich-sozialen Volkspartei zu geben.

Die Kommunisten haben Euch schon vor 1933 gesagt, daß Hitler unser Volk und die Völker Europas und der Welt in namenloses Elend stürzen wird. „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, das haben wir unserem Volk schon damals gesagt, aber Ihr habt es nicht geglaubt. Wir sagen Euch heute, wer nicht mit uns eine radikale Neuordnung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kämpft, verflucht sich an der Zukunft unseres Volkes und versteht nicht, die Zeichen der Zeit zu deuten. Laßt Euch nicht durch Eure kirchlichen Führer zu falschen politischen Entscheidungen verleiten. Ihre Sache ist das Reich Gottes und die Sorge um das Seelenheil der Menschen, aber niemals die Politik.

Gebt Eure Stimme am 18. Mai den Vertretern der Kommunistischen Partei, die für Euch und Eure Kinder eine bessere Zukunft vorbereiten will!

Landtagswahl und Volksentscheid am 18. Mai

„Wir wählen Gott!“ (CSV)

Nein! Wir wählen nicht konfessionell, sondern wählen Kommunisten, die uns den politischen Weg zur Rettung führen

Der Wahlkampf und die Verfassungskampagne zum 18. Mai ist von der größten Partei Südbadens mit einer politischen Sensation eröffnet worden. Denn anstelle eines Wahlprogramms mit konkreten politischen Forderungen im Sinne der zu schaffenden neuen Demokratie hat die CSV auf ihrer kürzlichen Landestagung in Freiburg die lapidare Wahlparole ausgegeben:

„Es gibt nur zwei Wege:
Selbstmord oder Gott!
Wir wählen Gott!“

Diese Grotteske eines Wahlprogramms trägt der Geschichte des badischen Musterlandes wieder eine originelle Bereicherung ein, denn das Unikum, den lieben Gott sozusagen als Spitzenkandidaten zu benutzen, ist zweifellos noch nie da gewesen.

Als wir hier kürzlich einen sachlich referierenden Bericht über die besagte Landestagung (UNSER TAG, Nr. 32) veröffentlichten und diese Wahlparole aus der Rede des Präsidenten Wohleb wörtlich zitierten, erhielten wir kurz darnach einen telefonischen Anruf einer Zeitung aus der amerikanischen Zone, denn wir hatten wohl als erste mit ungerer peinlich empfundenen Veröffentlichung diesen politischen Wahnsinn in die weite Welt getragen. Der betreffende Redakteur telefonierte, ob wir uns mit diesem Bericht „nur einen schlechten Wahlscherz“ erlauben hätten, oder ob wir nachweisen könnten, daß der Chef der CSV wirklich solch eine unsinnige Parole ausgegeben habe? Wir erwiderten, daß der Wortlaut authentisch sei, und daß sogar die Zeitung der CSV (Süvot, Freiburg, Nr. 32) diese Gottesparole ungehört an ihrer Spitze trüge. Darauf hörten wir noch am Telefon: „Ein unglaublicher Blödsinn, ist die Partei denn beschugge worden...“ Was wir von anderen Lesern dazu äußern hörten, wollen wir garnicht zitieren; die Herren der CSV in Freiburg haben das ja aus ihren eigenen Reihen mit erfreulicher Derbheit selbst zu hören bekommen.

Diese tatsächliche unglaubliche Wahlparole hat neben ihrer religiösen Seite (weil sie von wahrhaft gläubigen Christen als unverschämte Gotteslästerung empfunden wird — wovon wir uns nicht mischen) eine politische Bedeutung. Diese ist

Das Ergebnis der bisherigen Wahlen ist der Niederschlag der Unsicherheit und der Angstpsychose vieler Teile unseres Volkes, das sich noch nicht zu Entscheidungen aufraffen konnte, sondern zunächst den politischen Parteien seine Stimme gab, die — wie es meint, — die gute, alte Zeit mit den Methoden längst versunkener Vergangenheit heraufzubeschwören vermögen.

für den Wahlkampf allerdings hochwichtig. Und zwar deshalb, weil es am 18. Mai um entscheidende Lebensfragen des badischen Volkes geht, die auf der politischen Ebene des Diesseits ausgefochten werden müssen. Es handelt sich um so reale Fragen des täglichen Lebens, wie Kartoffeln, Brot, Kleidung, Wohnung und andere wirtschaftliche Fragen, um Demokratie, Schule, Militärflicht usw. Wir wollen einen Landtag wählen und eine Verfassung ablehnen, wozu das Volk sich politisch entscheiden muß. Nicht religiös.

Wir sprachen hier schon mehrmals darüber, wie unpolitisch das deutsche Volk ist und daß es sich von Stimmung und Glauben mehr beeinflussen läßt als von politischem Denken. Nicht nur das Unglück mit Hitler ist dadurch entstanden, sondern auch vieles, was im Laufe der letzten beiden Jahre getan und vor allem nicht getan wurde, ist darauf zurückzuführen. So brachten auch die letzten Oktoberwahlen der CSV ihre so sehr mißbrauchte Mehrheit nicht wegen der Qualität ihres politischen Programms (sie hat überhaupt keines), sondern weil Kirche und Geistlichkeit für die CSV Stimmung machten — und das genügt leider. Dieses Vorschußvertrauen ihrer Wähler ist zweifelsohne auch für diese eine bittere Enttäuschung geworden, denn die CSV verantworten nun mit ihrer absoluten Macht in den Gemeinden, den Kreis- und Landesversammlungen und in der Regierung die katastrophale Situation, in welcher wir uns befinden. Und diese Wähler, die mit der gesamten Bevölkerung unter den ungenügenden und falschen Maßnahmen der CSV-Mehrheit genau so leiden und stöhnen, müssen sich nun heute von ihrer Partei sagen lassen, daß in dieser Katastrophe nichts übrig bleibe als Selbstmord oder neues Gottvertrauen! Ganz offen erklärte der Parteichef Wohleb, der zugleich Ministerpräsident ist, den politischen Bankrott seiner Partei:

„daß wir im politischen und wirtschaftlichen, d. h. im Staatsleben mit unserer Weisheit am Ende sind und ohne Gottes Hilfe nicht weiterleben können.“

Jedoch, das badische Volk denkt garnicht daran, Selbstmord zu begehen! Es will weiterleben, auch wenn der dafür hauptverantwortliche Ernährungsminister Diez in der Kartoffelversorgung so grob versagt hat und die Ernährung in eine Katastrophe wirtschaftete. Oder ist eine andere Partei verantwortlich für die Politik, welche die CSV-Minister und CSV-Bürgermeister betrieben haben? Leider verfängt immer noch die dummdreiste verlogene Hetze, daß an der heutigen Situation nicht Hitler und alleibei nicht die Christlich-So-

(Fortsetzung auf Seite 2)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG
Wahlzeitung der KP

Nr. 1 / 7. Mai 1947

Wähle KP - Wähle die Einheit!

Der Vorkämpfer für die Sozialistische Einheitsbewegung, Hans Venedey sagte auf dem Parteitag der KP Südwürttemberg:

„Ich habe mich über die letzten Monate gründlich davon überzeugt, daß es den Genossen der KP mit ihrer Einheitskampagne keineswegs um taktische Manöver geht, sondern daß es sich hier um eine ernste Frage der gesamten Arbeiterbewegung und darüber hinaus um die Sache Deutschlands handelt.“

Mit Deinem Stimmzettel für die KP wählst Du also auch den Kampf für die große Idee der Einheit!

Und was bedeutet die Erringung der sozialistischen Einheit, für die wir auch Dich rufen?

Die Errichtung einer wirklichen Demokratie und den Weg zum Sozialismus.

Die Sicherung des inneren und äußeren Friedens!

Der Gedanke der Einheit marschiert auch bei uns im Westen und hat gerade in den letzten Wochen große Erfolge errungen: auf den Parteitagen KPD — SED in Offenbach, München, Mannheim und Stuttgart wurde überall begeistert die Gründung der SED beschlossen.

Eine Umfrage in Betrieben und Behörden ergab einen sehr hohen Stand von Bereitschaftserklärungen für den Beitritt zur vereinten Arbeiterbewegung.

So tu auch Du Deine Pflicht als Werktätiger und Schaffender aller Stände; gib Deine Stimme der KP.

SP und KP in einer Front

Sinzheim. Die beiden Arbeiterparteien eröffneten hier gemeinsam den Wahlkampf.

Gen. Gilbert (SP) sprach über sozialistische Planwirtschaft. Er kam auf die Planwirtschaft in Rußland zu sprechen, die er als mustergültig bezeichnete. In seinen weiteren Ausführungen widerlegte er die Lügen, als ob dort keine Demokratie herrsche.

Gen. Keim sprach zu den Verfassungsfragen und zerplückte die Argumente und reaktionären Tendenzen der CSV. Für die gesamte Arbeiterschaft gebe es am 18. Mai nur ein „Nein.“ Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen kam unser Genosse auf die Einheit zu sprechen. Er appellierte an die Genossen der SP, die Arbeitereinheit herzustellen, sie allein sei die Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Gen. Gilbert erklärte, daß er für die Einheitspartei sei, nur die älteren SP-Genossen hätten die Einheit bisher leider abgelehnt. Das rief dann einen alten über 70-jährigen SP-Genossen von Sinzheim auf den Plan, der unter brausem Beifall erklärte, daß auch die Alten für die Einheitspartei seien.

„Wir wählen Gott“ (Fortsetzung)

ziale Volkspartei schuld seien, sondern die Kommunisten.

Mit der gleichen Verleumdung haben einst Hitler, Göring und Goebbels ihre Verbrechen getarnt, etwa als sie den Reichstag anzündeten. Wo, um der Wahrheit willen, haben denn die Kommunisten heute entscheidenden Einfluß im öffentlichen Leben Südbadens? Ihr Einfluß ist leider noch sehr gering, eben weil die alte und neue Hetze wirkt. Jedoch die CSV ist die herrschende Partei! Sie trägt also die Hauptverantwortung! In vielen Fällen sogar, wo sie Vorschläge und Anträge der Minderheiten der Arbeiterparteien stur abgelehnt hat — und das ist meistens der Fall — die alleinige Verantwortung!

Demokratie ist der Wille des Volkes sich selbst zu helfen. Alles, was wir heute im politischen Leben tun, geht darauf hinaus, die Initiative und Aktivität der Massen zu fördern. Anders kann eine wirkliche Volksherrschaft nicht aufgebaut werden. Unablässig mühen wir uns klar zu machen, daß wir die Nöte des Alltags und unser irdisches Schicksal nur meistern können, wenn alle Energien des Volkes für diese Aufgabe mobilisiert werden. Das heißt also, daß die Selbstverantwortung und Selbsthilfe mit allen Mitteln gestärkt werden müssen. Wer aber die eigene Kraft des Volkes schwächt, von der Selbstverantwortung und Selbsthilfe abzulenken versucht, ist ein Schädling der Demokratie.

Der einzelne Mensch mag noch soviel christliches Gottvertrauen haben (das ist jedermanns persönliche Weltanschauung, die unsererseits die volle Achtung genießt), aber wenn das nicht dazu führt, auch den eigenen Willen und die eigene Kraft für die Dinge des Lebens zu stärken, sind

Zur Säuberung

Lüge

„Sind wir schuld, wenn mehrheitlich links gerichtete Kommissionen weit über das Ziel hinausstoßen und die Urteile vom Bureau de Dénazification noch verschärft werden, da Deutsche selbst dazwischen treten und aus rein sachlichen Beweggründen, wie man so schön sagt, einen abschließen?“
(Wohleb, CSV)

. . . . und Wahrheit!

Wer hat gesäubert? Die bisherigen örtlichen Ermittlungsausschüsse bestehen in der Regel aus 5 bis 7 Mitgliedern, die aus allen Parteien zusammengesetzt sind. Es gibt in Baden keinen Ausschuss, an dem kein Vertreter der CSV teilnimmt. Und es gibt keinen Ausschuss in Baden, in dem mehr als zwei Kommunisten ertreten sind.

Die in Freiburg amtierenden Säuberungskommissionen sind auch nicht anders zusammen gesetzt wie die örtlichen Ermittlungsausschüsse, d. h. aus den Vertretern aller Parteien. Sie fällen die endgültigen Urteile. Das oberste Säuberungsorgan ist der Kontrollausschuss, dem ebenfalls Vertreter der vier Parteien angehören, und an dessen Spitze bis vor wenigen Tagen der Staatsrat für besondere Aufgaben, Herr Streng (CSV) stand. Es konnte kein Urteil gefällt werden, an dem die CSV nicht beteiligt war.

solche Menschen im politischen Leben unbrauchbar. Die Demokratie verlangt politisch aktive, kämpfende Menschen! Zur kommenden Wahl benötigt die Demokratie politisch klardenkende und konsequent handelnde Wähler, die den Glauben und die Kraft in sich haben, daß sie ihr Leben und die Gesellschaftsordnung selbst gestalten können.

In dieser Situation ist die Alternative „Selbstmord“ zu begehen oder „Gott zu wählen“ tatsächlich eine politische Bankrotterklärung. Nein, die Wähler müssen sich für ein politisches Programm entscheiden, das sie kennen, und zu dem sie Zutrauen haben und für das sie sich durch ihren Stimmzettel einsetzen.

Die Arbeiterbewegung hat seit einem Jahrhundert ihr Programm. Die Kommunistische Partei als ihr fortschrittlichster zielklarer linker Flügel hat für alle Fragen, um die es heute geht, ihre klaren Grundsätze

Das Volk hat alle Macht in Händen!

Ein kleiner praktischer Beweis.

Es gibt keine Militärdienstpflicht. Artikel 3: „Kein badischer Staatsbürger darf zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden.“

Ueber die Streichung dieses Artikels 69a in dem ersten Verfassungsentwurf am 14. April 1947 auf Antrag der CSV hat UNSER TAG Nr. 29 in seinem Bericht und Leitartikel einen Proteststurm des bad. Volkes hervorgerufen, den wir mit einer Probeabstimmung organisiert hatten. Diese Aktion unserer Volkszeitung hatte einen schnellen und wirksamen Erfolg, denn in der zweiten Lesung wurde das Militärdienstpflichtverbot wieder in die Verfassung aufgenommen, da die CSV vor dem so schnell ausgelösten Volkswillen kapituliert.

Wer ein Amt hat, trägt auch die damit verbundene Verantwortung. Niemand kann ihn zwingen, diese Verantwortung gegen seinen Willen zu tragen. Die Kommunistische Partei hat durch den Rücktritt des Genossen Eckert als Staatskommissar für die Entnazifizierung dokumentiert, daß sie sich von den uns aufgezwungenen Säuberungsmethoden distanziert. Zahlreiche Kommunisten in den Ermittlungsausschüssen haben ihre Funktionen unter Protest niedergelegt, wobei auf ihre Initiative wiederholt die Ausschüsse geschlossen demissioniert haben. Herr Streng, der Nachfolger Eckerts, hat nicht demissioniert, sondern seinen Posten bis zu seiner Berufung als Justizminister beibehalten. Er hat damit bekundet, daß er gegen die unter seiner Leitung geübte Säuberungspraxis keine Einwendungen zu erheben hatte. Es fällt uns nicht ein, der CSV die alleinige Verantwortung für die bisherige Säuberungspolitik zuzuschreiben. Denn wir wissen ebenso gut wie sie, wo die Schwierigkeiten ihren Ausgang nehmen.

Aber wir meinen, daß es unfair ist, die eigene Schwäche durch eine unrühmliche Flucht vor der Verantwortung und durch falsche Bezeichnungen anderer Parteien zu beschönigen.

Goguel

und Parolen, die auf dem Boden des sieghaften wissenschaftlichen Sozialismus stehen. Dafür gilt es sich am 18. Mai zu entscheiden. Wenn jetzt am 1. Mai in allen Ländern und endlich auch wieder in Deutschland das Lied der „Internationale“ in gewaltigen Arbeiterdemonstrationen erklingen ist, dann war dies der Aufruf der schöpferischen Kraft menschlichen Handelns, das uns befeuern muß:

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun, Uns aus dem Elend zu erlösen. Können wir nur selber tun!“

Unsere Wahlparole heißt daher nicht „Wir wählen Gott“, denn aus dem Elend und der grenzenlosen selbstverschuldeten Not dieser Zeit können wir uns nur selbst erlösen. Wir wählen die Kommunisten, die uns den politischen Weg zur Rettung führen.

Wähler und Wählerinnen, das ist ein kleines Beispiel, welche Macht unter der neuen Demokratie des Volkes Wille hat. Mit dem Abstimmungsstimmzettel am 18. Mai könnt ihr alle reaktionären Artikel in der Verfassung besetzen, wenn ihr der Parole der Kommunistischen Partei folgt und mit „Nein“ die Verfassung ablehnt.

Die Kanzel als politische Tribüne

Offenburg. Eine Katholikin schreibt UNSEREM TAG:

Am 1. Mai besuchte ich in der Dreifaltigkeitskirche die Maiandacht. Die Maipredigt wurde gehalten von Herrn Dekan Stadtpfarrer Augenstein. In seinen Ausführungen kam er auch auf die öffentl. Versammlung der KP im Dreikönigsaal, in welcher Staatsrat Eckert gesprochen hatte. Er äußerte sich abfällig darüber, daß Herr Eckert es gewagt hätte, die Wahlparole der CSV „Selbstmord oder Gott“ zu brandmarken. Er betonte, daß der Redner es nicht unterlassen könne, Gott zu freveln und tadelte, daß in der anschließenden Diskussion kein Versammlungsbesucher es gewagt hätte, aufzustehen, „um dem Manne den Mund zu stopfen.“ BB.

Die Kanzeln dienen also auch für diese Wahl als politische Tribünen! Womit wieder einmal mehr bewiesen wird, daß Kirchen, Beichtstuhl und Pfarrhäuser sich in die Politik einmischen, um die Gläubigen zu beeinflussen. Dagegen protestieren wir mit aller Entschiedenheit! Die Wahlparole der CSV ist eine wichtige politische Frage. Unsere Redner beschäftigen sich selbstverständlich mit ihr, ohne dabei aber religiöse Gefühle zu verletzen.

Der reaktionären Verfassung

unser **NEIN**

Was ist Ihre Meinung zur Verfassung?

Warum empfehlen wir den Wählern am 18. Mai zum Verfassungsentwurf mit „Nein“ zu stimmen

Wir besprechen in unserer kleinen Wahlzeitung unter dieser Rubrik diejenigen Artikel des von der Landesversammlung angenommenen Verfassungsentwurfs, welche wir als eine Gefahr für den Aufbau der neuen Demokratie ansehen.

In zwölf Tagen muß sich das badische Volk bei der Landtagswahl entscheiden, ob es zu dem vorgelegten Verfassungsentwurf „Ja“ oder „Nein“ sagen will. Damit wird von allen Wählern eine politische Entscheidung verlangt, welche auf Jahrzehnte hinaus die Lebens- und Entwicklungsbedingungen Südbadens bestimmen wird. Die Zeit der Vorbereitung ist sehr kurz und doch muß die Abgabe des Stimmzettels für oder gegen den Verfassungsentwurf die verantwortliche Meinung der Wählermassen zum Ausdruck bringen. Wir wissen nicht, wieviele bereits den Verfassungsentwurf genau kennen und Artikel für Artikel studiert haben. Wir ließen einige Leute darüber befragen, und haben keinen einzigen gefunden, der wirklich Sachkenntnis über den Verfassungsinhalt gehabt hat. Wir richten darum an alle Wähler den dringenden Appell, sich ihrer demokratischen Verantwortung und Pflicht bewußt zu sein, und den Verfassungsentwurf, der jedem Wähler in Broschürenform zugänglich ist, genauestens durcharbeiten.

Ohne Zweifel enthält der Entwurf auch eine Anzahl fortschrittlicher Artikel im Sinne der Demokratie. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ganz entscheidende Artikel gibt, die ausgesprochen rück-schrittlich und undemokratisch sind. Da es sich dabei um Kernfragen der Demokratie handelt, steht jeder Wähler vor der Entscheidung, ob er sie nicht auf das entschiedenste ablehnen muß.

Tut er das, weil er darin eine Bedrohung der neuen Demokratie sieht, dann muß er die ganze Verfassung ablehnen, da sie ja als Ganzes zur Abstimmung gestellt ist.

Simultanschulen - konfessionell?

Ein Leser schreibt uns:

Steht man einer christlichen Gemeinschaftsschule wirklich mit Mißtrauen gegenüber? Ist es nicht gleichgültig, ob man so oder so Simultanschule sagt? Sollte ein Schulstreit aus Begriffsstutzigkeit entstehen? Vielleicht trügen folgende Fragen zur Klärung der Dinge in der breiteren Öffentlichkeit bei:

Ist es richtig, daß bereits vor Jahresfrist in Maria-Tann bei Unterkirnach eine Anstalt zur Lehrerbildung eingerichtet wurde, welche von katholischen Schulbrüdern geleitet wird und die jetzt staatliche Anerkennung gefunden hat?

Ist es richtig, daß die jetzt erst vor einigen Tagen in der Presse gemeldete Einrichtung eines Pädagogiums in Meersburg ebenfalls demselben katholischen Schulbrüderorden übertragen worden ist?

Braucht man für christliche Gemeinschaftsschulen konfessionelle Lehrerbildungsanstalten?

So fühlt man Absicht und man wird . . . mißtrauisch!

Der neue Landtag müßte dann in diesem Fall eine Verfassung ausarbeiten, in welcher diese reaktionären Artikel ausgemerzt wären. Darauf kommt es am 18. Mai an!

Grundlagen der Staatsordnung

Entwurf der Landesversammlung:

Pfämbel

Im Vertrauen auf Gott hat sich das badische Volk, als Treuhänder der alten badischen Ueberlieferung, besetzt von dem Willen, seinen Staat im demokratischen Geiste nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes und der sozialen Gerechtigkeit neu zu gestalten, folgende Verfassung gegeben.

Art. 50. Baden ist ein demokratischer und sozialer Freistaat und ein Glied der Gemeinschaft der deutschen Länder. — Träger der Staatsgewalt ist das Volk.

Art. 52. Das Verhältnis des Landes Baden zu den bürgerlichen deutschen Ländern wird durch Gesetz geregelt. Die Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder bedarf eines verfassungsändernden Gesetzes.

Die beiden Formulierungen unterscheiden sich in zwei Dingen von einander: in der religiösen Begründung und im Hinblick auf die Stellung Südbadens innerhalb einer künftigen deutschen Republik.

Die Weltanschauung der Kommunisten ist durch völlige Toleranz in religiösen Dingen gekennzeichnet. Wir lehnen es darum ab, daß dem Verfassungswerk, das für alle Staatsbürger zu gelten hat, — seien sie Christen, Juden oder Freidenker, — eine bestimmte religiöse Haltung zugrundegelegt werden soll. Nach Artikel 34 des von der Landesversammlung angenommenen Verfassungsentwurfs gibt es keine Staatskirche, und die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden vom Staat gleichwertig behandelt. Darum widerspricht es dem Grundsatz der Achtung vor der unterschiedlichen religiösen Haltung der Staatsbürger, den Sittengesetze einer bestimmten Religionsgemeinschaft zur Grundlage einer Verfassung zu machen, welche ausschließlich das staatsbürgerliche Leben aller regelt, und damit einen Teil der Bevölkerung auf die religiö-

Sind Sie zusammen mit der Kommunistischen Partei gegen diese Artikel, dann stimmen Sie am 18. Mai mit „Nein!“

Verfassungsentwurf der KP:

Das Land Südbaden hat sich als Teil der deutschen demokratischen Republik diese Verfassung gegeben, um in einer Zeit der Verwirrung und äußersten Not die Grundlagen einer neuen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung vorzubereiten.

Verfassungsentwurf der SED:

In der Gewißheit, daß nur durch eine demokratische Volksrepublik die Einheit der Nation, der soziale Fortschritt, die Sicherung des Friedens und die Freundschaft mit den anderen Völkern gewährleistet ist, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder.

sen Sittengesetze des anderen Teils zu verpflichten. Wir sehen daher in der Präambel des Entwurfs der Landesversammlung eine Gefahr für die Grundrechte der Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit, und sind gewiß, daß wir mit dieser Auffassung die Zustimmung der fortschrittlich denkenden Wähler aller religiöser Richtungen finden.

Der Entwurf der Kommunistischen Partei bezeichnet Südbaden als einen Teil der künftigen deutschen Republik. Im Falle des Anschlusses ist also kein neues verfassungsänderndes Gesetz erforderlich. Diese Fassung entspricht den Verfassungsbestimmungen der Länder Hessen und Württemberg-Baden. Sogar die bayerische Verfassung erklärt, eindeutig, daß Bayern einer deutschen Republik beitreten wird. Der südbadische Entwurf der Landesversammlung aber macht den künftigen Anschluß von einem verfassungsändernden Gesetz abhängig, das letzten Endes vom Staatsgerichtshof zu Fall gebracht werden könnte. Damit würde sich Südbaden die rück-schrittlichste Verfassung unter den deutschen Ländern geben.

Der Staatsgerichtshof

Entwurf der Landesversammlung:

Art. 109. Verfassungsstreitigkeiten entscheidet nach Maßgabe der Verfassung und von Gesetzen der Staatsgerichtshof.

Art. 112. Der Staatsgerichtshof besteht aus dem Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende und die Mitglieder werden vom Landtag für die Dauer ihres Hauptamtes aus den im Dienste befindlichen Richtern und Verwaltungsrichtern gewählt.

Art. 51. Das Volk gibt seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund. Die Staatsgewalt wird ausgeübt durch die stimmberechtigten Staatsbürger, durch die gewählte Volksvertretung und durch die verfassungsmäßig bestellten Staatsorgane.

Die Kommunistische Partei:

Wir anerkennen keinen anderen Gesetzgeber, als das Volk. Wir sind darum gegen jede Abtretung der Volksrechte an irgendein Staatsorgan, und wollen die Volksrechte außer der unmittelbaren Entscheidung durch Volksentscheide ausschließlich nur von den gewählten Volksvertretern in Parlamenten gewährt wissen. Darum kennt der Verfassungsentwurf der KP für Südbaden keine dem Entwurf der Landesversammlung entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 49 des Verfassungsentwurfs der SED:

Das Präsidium des Parlamentes entscheidet bei Verfassungsstreitigkeiten.